

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sarah Vollath, Janine Wissler, Doris Achelwilm, Dr. Dietmar Bartsch, Desiree Becker, Janina Böttger, Jörg Cezanne, Agnes Conrad, Mirze Edis, Mandy Eißing, Christian Görke, Ates Gürpınar, Cem Ince, Cansin Köktürk, Tamara Mazzi, Pascal Meiser, Zada Salihović, Evelyn Schötz, Lisa Schubert, Ines Schwerdtner, Julia-Christina Stange, Isabelle Vandre, Sascha Wagner, Anne Zerr und der Fraktion Die Linke

Regelaltersgrenze für die Rente und die Entwicklung von Lebenserwartung beziehungsweise deren Ungleichheiten

Seit 2012 wird die Regelaltersgrenze für die Rente in Deutschland schrittweise von 65 auf 67 Jahre im Jahr 2031 angehoben. Bereits vor Abschluss dieses Prozesses werden innerhalb der Bundesregierung (etwa durch die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie) Forderungen nach einer weiteren Anhebung der Regelaltersgrenze ab 2031 laut. Sowohl die aktuelle Anhebung als auch die Forderungen nach weiteren Anhebungen werden häufig mit dem Anstieg der Lebenserwartung in Deutschland begründet. Vor diesem Hintergrund verfolgt diese Kleine Anfrage das Ziel, die Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland seit Anhebung der Regelaltersgrenze und das Renteneintrittsverhalten einiger der von der Anhebung betroffenen Geburtsjahrgänge zu beleuchten. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund der seit 2011 (also bereits vor der COVID-19-Pandemie) festgestellten Verlangsamung des Anstiegs der Lebenserwartung in Deutschland und einigen anderen OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)-Ländern sowie der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Übersterblichkeit wichtig (siehe Veena S. Raleigh, Trends in Life Expectancy in EU and Other OECD Countries, OECD Health Working Paper No. 108 (2019)).

In den aktuellen Diskussionen um eine Anhebung der Regelaltersgrenze wird von den oben genannten Akteuren sowie von einigen in der Politikberatung aktiven Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorgeschlagen, die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung zu koppeln. Da die Entwicklung der gesamtdeutschen Lebenserwartung bestehende Ungleichheiten jedoch verschleiert, besteht bei diesem Vorschlag das Potenzial, diese Ungleichheiten zu verschärfen. Sowohl international als auch in Deutschland gibt es Hinweise auf eine Zunahme der Lebenserwartungsungleichheiten zwischen sozioökonomischen Gruppen (s. z. B. Christopher Lübker and Fabrice Murin, Educational Inequalities in Longevity among OECD Countries around 2016, OECD Papers on Well-being and Inequalities no. 8, vol. 8 (2022); Olga Grigoriev and Gabriele Doblhammer, "Changing Educational Gradient in Long-Term Care-Free Life Expectancy among German Men, 1997–2012," PLOS ONE 14, no. 9 (2019)). Beispielsweise weisen die auf DRV (Deutsche Rentenversicherung)-Daten basierenden Berechnungen von Wenau et al. darauf hin, dass die Lebenserwartungslücke zwischen Männern im höchsten und niedrigsten Entgeltpunk-

tequintil im Zeitraum von 1997 bis 2016 sowohl im Westen als auch im Osten um circa ein Jahr und neun Monate gestiegen ist (Georg Wenau et al., “Socioeconomic Disparities in Life Expectancy Gains among Retired German Men, 1997–2016”; *Journal of Epidemiology and Community Health* 73, no. 7 (2019)). Die bestehende Empirie legt also nahe, dass die sozioökonomisch bereits benachteiligten Gruppen von dem Anstieg der Lebenserwartung in Deutschland weniger profitiert haben. Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts weisen zudem auf regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Lebenserwartung hin, beispielsweise zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Ein weiteres Ziel dieser Kleinen Anfrage ist es daher, genauere Erkenntnisse über die regionalen und sozioökonomischen Ungleichheiten bei der Entwicklung der Lebenserwartung zu erlangen.

Da die weitere Untersuchung der Mortalitätsunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen für eine sozial gerechte Gestaltung von Politikmaßnahmen unabdingbar ist, jedoch aufgrund der Datenlage in Deutschland erschwert wird (siehe Olga Grigoriev, “Sozioökonomische Unterschiede in Der Sterblichkeit in Deutschland. Was Ist Bekannt Und Wo Liegen Potenziale Der Amtlichen Statistik?,” *WISTA – Wirtschaft Und Statistik* 4 (2025)), versucht diese Kleine Anfrage zudem Informationen über die Pläne der Bundesregierung zur Verbesserung der Datenlage bei der Erforschung von Mortalitätsunterschieden zu erhalten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die fernere Lebenserwartung der 65-Jährigen (ermittelt anhand von Periodensterbetafeln) in Deutschland, Ost- und Westdeutschland sowie in den jeweiligen Bundesländern seit 2012 entwickelt (bitte die Zeitreihen für die Lebenserwartung von Frauen, von Männern und die geschlechtsunabhängige Lebenserwartung angeben)?
2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Geburtskohorten von 1947 bis 1957 (bitte für jeden Geburtsjahrgang getrennt nach Frauen und Männern ausweisen)?
3. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Renteneintrittswahrscheinlichkeit in jedem Alter zwischen 60 und 67 seit 2005 entwickelt (bitte für jede Rentenart getrennt nach Frauen und Männern ausweisen)?
4. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2012 die Ungleichheiten bei der ferneren Lebenserwartung der 65-Jährigen
 - a) zwischen Ost- und Westdeutschland sowie
 - b) zwischen den Bundesländernentwickelt (bitte für Frauen und Männer getrennt ausweisen und für die zweite Teilfrage die Entwicklung der Differenz zwischen der Lebenserwartung in den Bundesländern mit der höchsten und der niedrigsten Lebenserwartung angeben)?
5. Wie wird sich nach Kenntnis der Bundesregierung die fernere Lebenserwartung der 65-Jährigen in Deutschland bis 2030 voraussichtlich entwickeln (bitte die voraussichtliche Entwicklung der Lebenserwartung von Frauen, von Männern und die geschlechtsunabhängige Lebenserwartung angeben)?
6. Wann wird die fernere Lebenserwartung der 65-Jährigen in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung voraussichtlich um zwei bzw. drei Jahre höher liegen als im Jahr 2012 (bitte für Männer und Frauen getrennt angeben)?

7. Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund eventueller regionaler Unterschiede bei der Entwicklung der Lebenserwartung die Forderung der Wirtschaftsministerin, die Regelaltersgrenze nach 2031 an die Lebenserwartung zu koppeln?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Entwicklung der Lebenserwartungsungleichheiten zwischen sozioökonomischen Gruppen (nach Bildungsgrad, Einkommen sowie Beruf) in Deutschland vor?
9. Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der in der Einführung beschriebenen wachsenden Lebenserwartungsungleichheiten, die darauf hindeuten, dass sozioökonomisch benachteiligte Menschen möglicherweise unterdurchschnittlich von Lebenserwartungsgewinnen profitieren, die Vorschläge zur Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung?
10. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass eine Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung bestehende soziale Ungleichheiten im Alter (z. B. hinsichtlich der Rentenbezugsdauer) weiter verschärft, und wenn nein, warum nicht?
11. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Mortalitätsunterschiede und Lebenserwartungsungleichheiten in Deutschland zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen (nach Bildungsgrad, Einkommen sowie Beruf) vor?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Unterschieden in der sogenannten gesunden Lebenserwartung (Healthy Life Expectancy) verschiedener sozioökonomischer Gruppen (nach Bildungsgrad, Einkommen und Beruf) sowie zur Entwicklung dieser Unterschiede vor?
13. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Lebenserwartung von Neugeborenen sowie die fernere Lebenserwartung von 65-Jährigen in den Ländern der EU-15 (bitte für jedes Land nach Frauen und Männern getrennt ausweisen)?
14. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Quoten von Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung in jedem Alter zwischen 60 und 67 seit dem Jahr 2005 entwickelt (bitte für jedes Alter getrennt angeben)?
15. Welche Pläne hat die Bundesregierung, um die Datenlage für die Untersuchung von Mortalitätsunterschieden zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen zu verbessern (z. B. durch Ergänzung der amtlichen Statistik der Sterbefälle um sozioökonomische Indikatoren; bitte einen Zeitplan angeben)?

Berlin, den 23. Februar 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

